

# Bosnien-Herzegowinas EU-Beitritt: Noch viel Arbeit nötig

*Heilbronner SPD-Abgeordneter und Westbalkan-Berichterstatter Josip Juratovic spricht über Erreichtes und anstehende Aufgaben*

Von unserem Redakteur  
Christoph Donauer

**REGION** Die EU-Kommission hat am Dienstag Beitrittsgespräche mit Bosnien und Herzegowina empfohlen. Das Land habe große Fortschritte gemacht und zeige, dass es die Voraussetzungen erfüllen kann, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Kommende Woche könnten die EU-Staatschefs dem Votum folgen.

Für den Heilbronner SPD-Bundstagsabgeordneten Josip Juratovic ist das ein großer Erfolg. Er ist Berichterstatter der SPD für den Westbalkan. Er habe sich „sein gesamtes politisches Leben“ für die Demokratie in den Ländern des früheren Jugoslawiens eingesetzt, sagt der 65-Jährige, der in Koprivnica (heute Kroatien) geboren ist.

Slowenien und Kroatien seien inzwischen vollständige EU-Mitglie-

der, während andere Balkanstaaten seit 2003 darauf warten. „Diese Perspektive kann nur eine sein, wenn man Beitrittsverhandlungen eröffnet“, sagt Juratovic. „Das gibt den demokratischen Kräften in der Region die Chance, das Land weiterzuentwickeln.“ Ein Beispiel sei Serbien, wo die Parlamentswahl wegen Unstimmigkeiten teils wiederholt werden musste. Ohne Druck aus Europa wäre das nicht gelungen.

**Falsche Strategie** In Bosnien-Herzegowina habe die Aussicht auf den EU-Beitritt dafür gesorgt, dass das demokratische System funktionsfähig gemacht wurde, wenn auch mit Schwierigkeiten. Die EU und die UN seien mit mehr als 400 Beamten 20 Jahre lang in dem Land vertreten gewesen. Die Strategie sei lange gewesen, die Vertreter der drei Völker des Landes, Bosniaken, Kroaten und Serben, zusammenzubringen.



Josip Juratovic (SPD) hat den Westbalkan im Blick. Foto: Benno Kraehahn

„Anschließend hat jeder seine eigene Story erzählt und die EU hat sich damit zufriedengegeben, die drei zusammengebracht zu haben“, kritisiert Juratovic. „Das war nieder-

schmetternd. Die Menschen auf dem Westbalkan sind nicht dumm.“

Das Problem seien kriminelle Organisationen gewesen, die nach dem Zerfall der Sowjetunion ein korruptes System errichtet haben. Deshalb hätten demokratische Institutionen in dem Land gestärkt werden müssen, besonders das Parlament. Bevor Bosnien-Herzegowina 2022 Beitrittskandidat wurde, habe dieses nur vier Mal in der Wahlperiode getagt. „Das war lächerlich.“

Dann wurde der CSU-Politiker Christian Schmidt zum Hohen Repräsentanten ernannt. Das Amt wurde nach dem Bosnienkrieg geschaffen. Schmidt hat weitreichende Befugnisse, darf Gesetze ändern und Politiker entlassen. Schmidt habe, anders als sein Vorgänger, viele Fortschritte erreicht, sagt Juratovic. So änderte er das Wahlrecht und beschloss, dass die Regierung 45 Tage nach der Wahl stehen muss. „Wenn

ich ein funktionierendes Parlament habe, habe ich erst staatliche Institutionen, mit denen ich verhandeln kann.“ In zwei Jahren seien mehr als 70 Gesetze erlassen worden, um das Land an die EU anzunähern.

Gleichwohl seien Verhandlungen noch kein Beitritt. Es dürfe nicht darum gehen, möglichst schnell an Geld aus Brüssel zu kommen. „Man wird viel Engagement brauchen, viel Mitwirkung der Bevölkerung.“ Bisher seien die Reaktionen eher skeptisch. „Das kann ich verstehen.“ Viele Bürger würden glauben, es gehe um ein Prestigeprojekt. „Wir müssen jetzt das Vertrauen der Bevölkerung erlangen.“ Gesundheitssystem, Rente und Infrastruktur müssten verbessert werden. Arbeit, die sich laut Juratovic lohnt: „Wir dürfen uns jetzt nicht mit Unterschieden befassen, sondern müssen uns ein gemeinsames Ziel setzen: ein starkes Europa.“